

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht	I
Inhaltsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXVII
Einleitung	1
§ 1 Einleitung	3
Erster Teil: Grundlagen	7
§ 2 Das Stimmrecht	9
§ 3 Der gesetzliche Stimmrechtsausschluss	47
Zweiter Teil: Die Regelung der gesetzlichen Stimmrechtsausschlüsse im bisherigen und revidierten Aktienrecht	97
§ 4 Das Ruhen des Stimmrechts aus eigenen Aktien	99
§ 5 Das Stimmverbot bei Entlastung und verwandten Tatbeständen	197
§ 6 Das Ruhen des Stimmrechts bei vinkulierten Aktien	241
§ 7 Stimmrechtsausschluss und Satzungsautonomie	271
Dritter Teil: Die Wirkung und Durchsetzung der Stimmrechtsausschlüsse im bisherigen und revidierten Aktienrecht	277
§ 8 Die Wirkung der Stimmrechtsausschlüsse	279
§ 9 Die Durchsetzung der Stimmrechtsausschlüsse	291

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
§ 1 Einleitung	3
I. Thema und Ziel der Arbeit	3
II. Abgrenzungen	3
A. Beschränkung auf die Aktiengesellschaft	3
B. Beschränkung auf das schweizerische Recht	4
C. Beschränkung auf den Stimmrechtsausschluss des Aktionärs in der Generalversammlung	4
III. Aufbau und Gliederung der Arbeit	5
Erster Teil: Grundlagen	7
§ 2 Das Stimmrecht	9
I. Begriff	9
II. Systematische und funktionale Stellung des Stimmrechts	9
A. Das Stimmrecht als Mitgliedschaftsrecht	9
1. Der Gesellschafter als Träger des Stimmrechts	9
2. Abspaltungsverbot und Unteilbarkeit der Mitgliedschaft	11
3. Kein Stimmrecht an Nichtaktionäre	12
B. Das Stimmrecht als Mitwirkungsrecht	13
1. Begriff	13
2. Inhalt, Funktion und Bedeutung des Stimmrechts	14
a) Inhalt und Funktion	14
b) Bedeutung	16
3. Das Stimmrecht im System der Mitwirkungsrechte	17
a) Stimmrecht und Teilnahmerecht	17
aa) Begriff	17
bb) Aufgabe und Abgrenzung	18
b) Stimmrecht und Antragsrecht	18
c) Stimmrecht und Rederecht	19
d) Stimmrecht und Recht auf Einberufung einer Gene- ralversammlung	20
e) Stimmrecht und Recht auf Traktandierung	20
C. Das Stimmrecht als kapitalbezogenes Recht	21
1. Die Kapitalbezogenheit des Stimmrechts	21

Inhaltsverzeichnis

2.	Die Kapitalbezogenheit des Stimmrechts und das Prinzip des Gleichlaufs von Herrschaft und Risiko	22
a)	Das Prinzip des Gleichlaufs von Herrschaft und Risiko	22
b)	Die Kapitalbezogenheit des Stimmrechts und das Prinzip des Gleichlaufs von Herrschaft und Risiko	23
D.	Das Stimmrecht als im Umfang einer Mindeststimme unentziehbares und unverzichtbares Recht	24
1.	Das Stimmrecht als unentziehbares Recht	24
a)	Begriff und Arten des Schutzes aktienrechtlicher Mitgliedschaftsrechte	24
b)	Nach bisherigem Recht	25
c)	Nach revidiertem Recht	25
2.	Das Stimmrecht als unverzichtbares Recht	27
a)	Begriff	27
b)	Das Stimmrecht als unverzichtbares Recht	27
III.	Ausübung des Stimmrechts	29
A.	Allgemeines	29
1.	Ort und Zeit der Ausübung	29
2.	Keine Pflicht zur Ausübung des Stimmrechts	29
B.	Stimmrechtsausübung aufgrund dinglicher Berechtigung	30
1.	Aktieneigentum	30
2.	Treuhand	30
3.	Gemeinschaftliches Eigentum	32
4.	Verpfändung	33
5.	Nutzeniessung	33
6.	Hinterlegung/Sammelverwahrung	34
7.	Anlagefonds	35
C.	Stimmrechtsausübung durch Bevollmächtigte	36
1.	Das Recht auf Vertreterbestellung	36
2.	Offene Vertretung	37
3.	Verdeckte Vertretung	39
4.	Depotstimmrecht und Organvertretung	40
a)	Depotstimmrecht	40
b)	Organvertretung	41
5.	Weisungsbefolgungspflicht	42
D.	Stimmrechtsausübung durch gesetzliche Vertreter	43
IV.	Zusammenfassung	45

§ 3 Der gesetzliche Stimmrechtsausschluss	47
I. Begriff, Funktionsweise und Arten von Stimmrechtsausschlüssen	47
A. Begriff	47
B. Funktionsweise	47
C. Arten	48
II. Systematische Stellung und Abgrenzung	49
A. Der Stimmrechtsausschluss als Schranke der Stimmrechtsmacht	49
B. Der Stimmrechtsausschluss als gesetzliche Stimmrechtschranke	49
C. Der Stimmrechtsausschluss als starre Stimmrechtsschranke	50
D. Abgrenzungen	50
1. Stimmrechtsausschluss und zwingende gesetzliche Regelung	50
2. Stimmrechtsausschluss und Beschränkung des gegenständlichen Umfangs des Stimmrechts	51
3. Stimmrechtsausschluss und Stimmkraftbeschränkung	51
4. Stimmrechtsausschluss und Begrenzung der Stimmrechtsmacht durch Repräsentativverfassung	52
5. Stimmrechtsausschluss und Begrenzung der Stimmrechtsmacht durch Mindestbeteiligung als Voraussetzung des Stimmrechts	53
6. Stimmrechtsausschluss und bewegliche Inhaltsschranken	53
a) Begriff und Aufgabe von beweglichen Inhaltsschranken	53
b) Abgrenzung	54
III. Regelungsbedürfnis und Funktion von Stimmrechtsausschlüssen	55
A. Grundlagen	55
1. Der interessenausgleichende Willensbildungsmechanismus	55
a) Die Problematik der Mehrheitsherrschaft	55
aa) Mehrheitsherrschaft als technische Notwendigkeit und Folge von Organisationskomplexität	55
bb) Die Problematik der Mehrheitsherrschaft	56
b) Das Prinzip des interessenausgleichenden Willensbildungsmechanismus	57
aa) Das Prinzip des interessenausgleichenden Willensbildungsmechanismus	57

Inhaltsverzeichnis

bb) Die Verwirklichung dieses Prinzips im Recht der Aktiengesellschaft	59
c) Gründe für das Versagen des interessenausgleichenden Willensbildungsmechanismus	59
aa) Stimmrechtsausübung in Verfolgung von Sonderinteressen	59
bb) Bildung stabiler Mehrheiten	61
cc) Indolenz der Aktionäre	62
2. Inhaltsgrenzen der Stimmrechtsmacht	64
a) Meinungsstand	64
aa) Deutschland	64
bb) Schweiz	66
b) Grundsatz der autonomen Ausübung des Stimmrechts	69
c) Verbot der Verfolgung verbandsfremder Sonderinteressen	71
d) Verbot der Verfolgung verbandsfremder Sonderinteressen und Treuepflicht	72
B. Das Bedürfnis nach Stimmrechtsausschlüssen	72
1. Stimmrechtsausschluss und Inhaltsgrenzen	72
2. Bedürfnis nach Begrenzung der Stimmrechts- und Mehrheitsmacht	73
3. Bedürfnis nach einem Mechanismus zur prophylaktischen Ausschaltung von Interessenkolliktionen	74
C. Funktion von Stimmrechtsausschlüssen	75
1. Grundlagen	75
2. Gewährleistung der Richtigkeit von Generalversammlungsbeschlüssen	76
3. Minderheitenschutzfunktion	77
a) Einordnung in das System des Minderheitenschutzes	77
b) Stimmrechtsausschlüsse als Mittel des Minderheitenschutzes	77
IV. Bedeutung und Zweckmässigkeit von Stimmrechtsausschlüssen	78
A. Bedeutung	78
B. Zweckmässigkeit	80
1. Praktikabilität und Prophylaxe	80
2. Kasuistische Natur	80
3. Leichte Umgehbarkeit	82
4. Widerspruch zum Mehrheitsprinzip	83
5. Überschiessende Tendenz	83

V. Umgehung und Umgehungsfestigkeit von Stimmrechtsausschlüssen	85
A. Die Gesetzesumgehung	85
1. Begriff	85
2. Rechtsgrundlage	86
3. Rechtlicher Bestand und Sanktion der Umgehungshandlung	87
4. Gesetzesumgehung und Simulation	88
a) Begriff und Rechtsfolgen	88
b) Gesetzesumgehung und Simulation	89
5. Gesetzesumgehung und Durchgriffsproblematik	89
a) Begriff	89
b) Dogmatische Grundlagen	90
c) Gesetzesumgehung und Durchgriff	92
B. Die Umgehung von Stimmrechtsausschlüssen	92
1. Umgehung in subjektiver Hinsicht	92
2. Umgehung in objektiver Hinsicht	93
3. Umgehung durch Simulation	93
C. Die Umgehungsfestigkeit von Stimmrechtsausschlüssen	93
1. Umgehungsfestigkeit	93
2. Rechtsgrundlage	94
VI. Zusammenfassung	95
 Zweiter Teil: Die Regelung der gesetzlichen Stimmrechtsausschlüsse im bisherigen und revidierten Aktienrecht	97
 § 4 Das Ruhen des Stimmrechts aus eigenen Aktien	99
I. Begriff und Regelungsbedürfnis	99
A. Begriff	99
B. Regelungsbedürfnis	99
1. Überholte konstruktive Bedenken	99
2. Regelungsbedürfnis	100
II. Regelungs- und Meinungsstand in ausländischen Rechtsordnungen	102
A. Deutschland	102
1. Der Stimmrechtsausschluss bei eigenen Aktien	102
2. Subjektiver Anwendungsbereich	102
3. Objektiver Anwendungsbereich	103
a) Depotstimmrecht in der eigenen Generalversammlung und Verwaltungsstimmrecht	103

Inhaltsverzeichnis

b) Stimmbindung zugunsten Gesellschaft oder Verwaltung	104
B. Frankreich	105
1. Der Stimmrechtsausschluss bei eigenen Aktien	105
2. Subjektiver Anwendungsbereich	106
3. Objektiver Anwendungsbereich	106
C. Italien	107
1. Der Stimmrechtsausschluss bei eigenen Aktien	107
2. Subjektiver Anwendungsbereich	108
3. Objektiver Anwendungsbereich	109
D. Österreich	110
1. Der Stimmrechtsausschluss bei eigenen Aktien	110
2. Subjektiver Anwendungsbereich	110
3. Objektiver Anwendungsbereich	111
E. EG	112
1. Der Stimmrechtsausschluss bei eigenen Aktien	112
a) Die Regelung in den Richtlinien	112
b) Die Regelung im Vorschlag für eine Verordnung über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft	113
2. Subjektiver Anwendungsbereich	113
a) Die Regelung in den Richtlinien	113
b) Die Regelung im Vorschlag für eine Verordnung über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft	114
3. Objektiver Anwendungsbereich	115
a) Regelung in den Richtlinien	115
b) Die Regelung im Vorschlag für eine Verordnung über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft	116
F. EWR	117
III. Das Ruhen des Stimmrechts aus eigenen Aktien	117
A. Die Regelung über den Erwerb eigener Aktien	117
1. Die Regelung nach bisherigem Recht	117
2. Die Regelung nach revidiertem Recht	119
a) Zulassung des Erwerbs mit Einschränkungen	119
b) Übergangsrecht	120
3. Einzelfragen	120
a) Zuständigkeit zum Erwerb eigener Aktien	120
b) Das Verbot der Selbstzeichnung	121
aa) Regelungsgrund und Rechtsgrundlage	121

bb) Rechte aus den durch Heilung entstandenen eigenen Aktien	122
c) Abgrenzung zum Kapitalrückzahlungsverbot	123
B. Das Ruhens des Stimmrechts aus eigenen Aktien	124
1. Dogmatische Grundlagen	124
a) Mögliche Lösungsansätze	124
b) Ablehnung der Lösung vom Untergang der erworbenen Aktien und derjenigen vom proportionalen Anwachsen der übrigen Anteile	124
c) Das Ruhens des Stimmrechts aus eigenen Aktien . .	125
2. Das Ruhens des Stimmrechts	126
a) Ausschluss bei zulässigem wie unzulässigem Erwerb	126
b) Das Ruhens des Stimmrechts beim originären Erwerb	126
c) Dauer und sachlicher Umfang des Ruhens	127
3. Umfang der ruhenden Mitgliedschaftsrechte	127
a) Nach bisherigem Recht	127
aa) Meinungsstand	127
bb) Umfang der ruhenden Rechte	128
b) Nach revidiertem Recht	129
aa) Regelungs- und Meinungsstand	129
bb) Umfang der ruhenden Rechte	129
C. Regelungsgrund und Regelungszweck	131
1. Meinungsstand	131
a) Der Stimmrechtsausschluss als Folge begrifflich konstruktiver Überlegungen	131
b) Der Stimmrechtsausschluss als Folge aktienrechtlicher Kompetenzverteilung	132
c) Der Stimmrechtsausschluss als Folge des Auseinanderfallens von Herrschaft und Risiko	132
2. Regelungsgrund und Regelungszweck	133
a) Ablehnung rein formallogischer Begründungsweisen	133
b) Schutz der innerverbändlichen Kompetenzverteilung	133
c) Schutz des innerverbändlichen Willensbildungsmechanismus	135
d) Schutz der Minderheit	136
IV. Subjektiver Anwendungsbereich des Stimmrechtsausschlusses bei eigenen Aktien	137

Inhaltsverzeichnis

A.	Der Stimmrechtsausschluss beim Erwerb eigener Aktien	137
1.	Regelungs- und Meinungsstand	137
2.	Der Stimmrechtsausschluss beim Erwerb eigener Aktien	137
B.	Der Stimmrechtsausschluss bei Vorliegen wechselseitiger Beteiligungen	138
1.	Begriff und Arten von wechselseitigen Beteiligungen	138
2.	Regelungsbedürfnis	139
3.	Regelungs- und Meinungsstand	140
a)	Nach bisherigem Recht	140
b)	Nach revidiertem Recht	142
4.	Der Stimmrechtsausschluss bei Vorliegen wechselseitiger Beteiligung mit einseitiger Mehrheitsbeteiligung	142
a)	Wechselseitige Beteiligung mit Mehrheitsbeteiligung einer Gesellschaft	142
b)	Der Stimmrechtsausschluss bei Vorliegen wechselseitiger Beteiligung mit einseitiger Mehrheitsbeteiligung und Kongruenz von Kapital- und Stimmenmehrheit	143
c)	Der Stimmrechtsausschluss bei Vorliegen wechselseitiger Beteiligung mit einseitiger Mehrheitsbeteiligung und Inkongruenz von Kapital- und Stimmenmehrheit	145
d)	Kein Stimmrechtsausschluss für die mehrheitlich beteiligte Gesellschaft	146
5.	Der Stimmrechtsausschluss bei Vorliegen wechselseitiger Minderheitsbeteiligung	146
6.	Der Stimmrechtsausschluss bei Vorliegen wechselseitiger Mehrheitsbeteiligung	147
a)	Regelungsgrund	147
b)	Der Stimmrechtsausschluss bei Vorliegen wechselseitiger Mehrheitsbeteiligung	148
7.	Der Stimmrechtsausschluss bei Vorliegen originärer wechselseitiger Beteiligungen	148
C.	Der Stimmrechtsausschluss beim Erwerb von Aktien der herrschenden Gesellschaft durch eine von ihr abhängige Gesellschaft	150
1.	Begriff und Arten der Abhängigkeit	150
a)	Begriff der Abhängigkeit	150
b)	Arten der Abhängigkeit	152
aa)	Stimmenmässige Abhängigkeit	152
bb)	Statutarische Abhängigkeit	153

cc) Vertragliche Abhängigkeit	154
dd) Sonstige Abhängigkeiten	155
2. Regelungsbedürfnis	156
3. Regelungs- und Meinungsstand	157
4. Der Stimmrechtsausschluss beim Erwerb von Aktien der herrschenden Gesellschaft durch eine von ihr abhängige Gesellschaft	158
D. Der Stimmrechtsausschluss beim Erwerb von eigenen Aktien für Rechnung der Gesellschaft	158
1. Begriff	158
2. Regelungs- und Meinungsstand	159
a) Der Erwerb von Aktien durch Dritte für Rechnung der Gesellschaft	159
b) Das Stimmrecht aus den für Rechnung der Gesellschaft erworbenen Aktien	162
3. Der derivative Erwerb von eigenen Aktien für Rechnung der Gesellschaft	162
a) Der derivative Erwerb von eigenen Aktien für Rechnung der Gesellschaft	162
b) Rechtsfolgen des derivativen Erwerbs von eigenen Aktien für Rechnung der Gesellschaft	163
4. Der originäre Erwerb von eigenen Aktien für Rechnung der Gesellschaft	164
a) Der originäre Erwerb von eigenen Aktien für Rechnung der Gesellschaft	164
b) Rechtsfolgen des originären Erwerbs von eigenen Aktien für Rechnung der Gesellschaft	166
5. Der Stimmrechtsausschluss beim derivativen und originären Erwerb von eigenen Aktien für Rechnung der Gesellschaft	167
a) Bei zulässiger Abrede der Risikoübernahme	167
b) Bei unzulässiger Abrede der Risikoübernahme	169
E. Der Stimmrechtsausschluss beim Erwerb von Aktien durch Personalfürsorge- und Unternehmensstiftungen	170
1. Regelungs- und Meinungsstand	170
2. Der Stimmrechtsausschluss beim Erwerb von Aktien durch Personalfürsorge- und Unternehmensstiftungen	171
V. Objektiver Anwendungsbereich des Stimmrechtsausschlusses bei eigenen Aktien	172
A. Verwaltungsstimmrecht und Depotstimmrecht in der eigenen Generalversammlung	172

Inhaltsverzeichnis

1.	Regelungsbedürfnis	172
2.	Regelungs- und Meinungsstand	174
3.	Nach bisherigem Recht	175
a)	Grundsatz: Vertretungsverbot der Gesellschaft	175
aa)	Vertretungsverbot der Gesellschaft	175
bb)	Reichweite des Vertretungsverbots	177
cc)	Nichtigkeit der Stimmabgabe bei Verstoss gegen das Vertretungsverbot	177
b)	Ausnahmen	177
aa)	Zulässigkeit der Vertretung bei Vorliegen einer Einzelweisung	177
bb)	Zulässigkeit der Vertretung bei Vorliegen einer Einzelvollmacht	179
4.	Nach revidiertem Recht	179
a)	Verwaltungsstimmrecht	179
aa)	Regelungsgegenstand und Regelungszweck	179
bb)	Regelfall: Einzelvollmacht	180
cc)	Ausnahmefall: Generalvollmacht	181
b)	Depotstimmrecht in der eigenen Generalversammlung	182
B.	Stimmbindung zugunsten Gesellschaft oder Verwaltung	183
1.	Begriff und Regelungsbedürfnis	183
2.	Regelungs- und Meinungsstand	185
a)	Unzulässigkeit von Stimmbindungen zugunsten der Gesellschaft oder Verwaltung	185
b)	Wirkung unzulässiger Stimmbindungen	186
3.	Stimmbindungen zugunsten der Gesellschaft oder Verwaltung	187
a)	Verbot der Stimmbindung zugunsten der Gesellschaft oder Verwaltung	187
b)	Unbeachtlichkeit der Beherrschungsart und der Vertragsperson	189
c)	Einzelfragen	189
aa)	Zulässigkeit der Einzelbindung	189
bb)	Stimmrechtskonsortium	190
4.	Wirkung unzulässiger Stimmbindungen	190
a)	Unwirksamkeit der Stimmbindung	190
b)	Folgen bindungsgemässer Stimmrechtsausübung bei nichtiger Stimmbindung	191
aa)	Gründe für bindungsgemässes Abstimmen trotz nichtiger Stimmbindung	191

bb) Grundsatz: Keine Unwirksamkeit der Stimmabgabe	192
cc) Ausnahme: Stimmrechtsausschluss und Unwirksamkeit der Stimmabgabe	193
VI. Zusammenfassung	193
§ 5 Das Stimmverbot bei Entlastung und verwandten Tatbeständen	197
I. Begriff	197
II. Regelungs- und Meinungsstand in ausländischen Rechtsordnungen	197
A. Deutschland	197
B. Frankreich	198
C. Italien	199
D. Österreich	199
E. EG	200
1. Die Regelung in den Richtlinien	200
2. Die Regelung im Vorschlag für eine Verordnung über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft	201
F. EWR	201
III. Das Stimmverbot bei Entlastung	201
A. Die Entlastung	201
1. Begriff	201
2. Rechtsnatur und Wirkung	203
3. Zweck und Bedeutung der Entlastung	204
B. Das Stimmverbot bei Entlastung	205
1. Die Regelung von Art. 695 aOR/OR	205
2. Dauer und sachlicher Umfang des Stimmverbots bei Entlastung	205
3. Umfang der vom Ausschluss betroffenen Mitgliedschaftsrechte	206
C. Regelungsgrund und Regelungszweck	207
1. Meinungsstand	207
2. Schutz der innerverbandlichen Gewaltenteilung	207
3. Schutz des interessenausgleichenden Willensbildungsmechanismus	208
4. Schutz der Minderheit	208
IV. Subjektiver Anwendungsbereich des Stimmverbots bei Entlastung	209
A. Ausschluss des vom Stimmverbot unmittelbar Betroffenen	209
1. Ausschluss der durch den Déchargebeschluss betroffenen Personen	209

Inhaltsverzeichnis

2. Unmittelbares Betroffensein des Vertreters	210
3. Einzelfragen	211
a) Das Stimmverbot bei getrennter Beschlussfassung	211
aa) Die Zulässigkeit getrennter Beschlussfassung	211
bb) Das Stimmverbot bei getrennter Beschlussfassung	212
b) Das Stimmverbot bei Entlastung in der Einmanngesellschaft	214
aa) Meinungsstand	214
bb) Das Stimmverbot bei Entlastung in der Einmanngesellschaft	214
c) Das Stimmverbot bei Verwaltungszugehörigkeit sämtlicher Aktionäre	216
C. Mittelbares Betroffensein des Abstimmenden	216
1. Ausschluss des Vertreters der zu entlastenden Person	216
2. Ausschluss des Fiduziars des zu entlastenden Fiduzienten	217
3. Ausschluss des Nutzniessers	218
D. Betroffensein eines Gemeinschafters bei gemeinschaftlicher Berechtigung an einer Aktie	219
1. Meinungsstand	219
2. Grundsatz und Ausnahme	219
E. Betroffensein einzelner Mitglieder der juristischen Person	220
1. Meinungsstand	220
2. Grundsatz	221
3. Ausnahme	221
F. Betroffensein eines Organmitglieds der juristischen Person	223
1. Meinungsstand	223
2. Bei unmittelbarem Betroffensein des Organmitglieds und der juristischen Person	224
3. Bei mittelbarem Betroffensein der juristischen Person	225
4. Bei Konzernverhältnis zwischen juristischer Person und Aktiengesellschaft	225
G. Betroffensein von nahen Angehörigen	226
1. Meinungsstand	226
2. Kein Stimmverbot bei Nähebeziehung	227
H. Depotstimmrecht	228
1. Meinungsstand	228
2. Nach bisherigem Recht	229
3. Nach revidiertem Recht	229
I. Stimmbindungsverträge	230
J. Rechtsnachfolger	231

1. Meinungsstand	231
2. Differenzierung zwischen Gesamt- und Einzelrechtsnachfolge	232
V. Objektiver Anwendungsbereich des Stimmverbots bei Entlastung und verwandten Tatbeständen	233
A. Grundlagen	233
B. Regelungs- und Meinungsstand	233
1. Nach bisherigem Recht	233
2. Nach revidiertem Recht	234
C. Keine Stimmverbote ausserhalb von Art. 695 Abs. 1 aOR/OR	235
D. Objektiver Anwendungsbereich des Stimmverbots bei Entlastung und verwandten Tatbeständen	236
VI. Zusammenfassung	238
 § 6 Das Ruhen des Stimmrechts bei vinkulierten Aktien	241
I. Begriff	241
II. Regelungs- und Meinungsstand in ausländischen Rechtsordnungen	241
III. Das Ruhen des Stimmrechts bei vinkulierten Namenaktien . .	243
A. Die Vinkulierung von Namenaktien nach bisherigem und revidiertem Aktienrecht	243
1. Begriff und Zweck der Vinkulierung	243
2. Die Vinkulierung nach bisherigem Recht	245
a) Die Regelung der Vinkulierung	245
b) Die Wirkung der Vinkulierung	246
3. Die Vinkulierung nach revidiertem Recht	247
a) Unterscheidung zwischen börsenkotierten und nicht börsenkotierten Aktien	247
b) Die Regelung bei nicht börsenkotierten Namenaktien	248
aa) Die Vinkulierung nicht börsenkotierter Namenaktien	248
bb) Die Wirkung der Vinkulierung nicht börsenkotierter Namenaktien	249
c) Die Regelung bei börsenkotierten Namenaktien . .	251
aa) Die Vinkulierung börsenkotierter Namenaktien .	251
bb) Die Wirkung der Vinkulierung börsenkotierter Namenaktien	251
4. Übergangsrecht.	253

Inhaltsverzeichnis

B.	Das Ruhen des Stimmrechts bei vinkulierten Namenaktien nach bisherigem Recht	254
1.	Regelungs- und Meinungsstand	254
2.	Regelungsbedürfnis	254
3.	Kein Stimmrecht für den Buchaktionär	255
4.	Regelungszweck	257
C.	Das Ruhen des Stimmrechts bei vinkulierten Namenaktien nach revidiertem Recht	257
1.	Das Ruhen des Stimmrechts bei börsenkotierten Namenaktien	257
2.	Das Ruhen des Stimmrechts bei nicht börsenkotierten Namenaktien	258
a)	Grundsatz: Kein Stimmrechtsausschluss	258
b)	Ausnahme: Stimmrechtsausschluss des Veräusserers	258
3.	Regelungszweck	259
a)	Beim Stimmrechtsausschluss aus börsenkotierten Namenaktien	259
b)	Beim Stimmrechtsausschluss aus nicht börsenkotierten Namenaktien	260
D.	Einzelfragen	260
1.	Dauer und sachlicher Umfang des Stimmrechtsausschlusses bei vinkulierten Namenaktien	260
2.	Umfang der vom Ausschluss erfassten Mitgliedschaftsrechte	261
a)	Nach bisherigem Recht	261
b)	Nach revidiertem Recht	261
aa)	Regelungs- und Meinungsstand	261
bb)	Vom Ausschluss erfasste Mitgliedschaftsrechte	262
cc)	Vom Ausschluss nicht erfasste Mitgliedschaftsrechte	263
3.	Übergangsrecht	264
a)	Der Erwerb vinkulierter Namenaktien nach Inkrafttreten des revidierten Aktienrechts	264
b)	Der Erwerb vinkulierter Namenaktien vor Inkrafttreten des revidierten Aktienrechts	265
aa)	Regelungs- und Meinungsstand	265
bb)	Das Übergangsrecht beim Erwerb von Namenaktien vor Inkrafttreten des revidierten Aktienrechts	265

IV. Subjektiver Anwendungsbereich des Stimmrechtsausschlusses	
bei vinkulierten Namenaktien	266
A. Grundlagen	266
B. Bestimmung des subjektiven Anwendungsbereichs des Stimmrechtsausschlusses bei vinkulierten Namenaktien	267
1. Bei Umschreibung des subjektiven Anwendungsbereichs von Vinkulierungsbestimmungen in den Statuten	267
2. Keine Umschreibung des subjektiven Anwendungsbereichs von Vinkulierungsbestimmungen in den Statuten	268
V. Zusammenfassung	269
§ 7 Stimmrechtsausschluss und Satzungsautonomie	271
I. Privatautonome Erweiterung von Stimmrechtsausschlüssen	271
A. Statutarische Erweiterung von Stimmrechtsausschlüssen	271
1. Regelungs- und Meinungsstand	271
2. Grundsatz: Verbot der Erweiterung und Neueinführung von Stimmrechtsausschlüssen	272
3. Ausnahme	273
B. Vertragliche Erweiterung von Stimmrechtsausschlüssen	273
II. Privatautonome Beseitigung und Beschränkung von Stimmrechtsausschlüssen	274
A. Verbot der statutarischen Beseitigung und Beschränkung	274
B. Zulassung zur Abstimmung im Einzelfall	275
III. Zusammenfassung	276
Dritter Teil: Die Wirkung und Durchsetzung der Stimmrechtsausschlüsse im bisherigen und revidierten Aktienrecht	277
§ 8 Die Wirkung der Stimmrechtsausschlüsse	279
I. Die Wirkung der Stimmrechtsausschlüsse auf den Generalversammlungsbeschluss	279
A. Nichtigkeit der Einzelstimme	279
B. Wirkung auf den Generalversammlungsbeschluss	280
II. Die Wirkung der Stimmrechtsausschlüsse auf die Berechnung der Quoren	281
A. Grundlagen	281
B. Berechnung der Präsenzquoren bei vom Stimmrecht ausgeschlossenen Aktien	283
1. Berechnung der Präsenzquoren	283
2. Berechnung der Quorumshöhe	284

Inhaltsverzeichnis

C. Berechnung der Stimmenquoren bei vom Stimmrecht ausgeschlossenen Aktien	286
D. Berechnung der gemischten Präsenz- und Stimmenquoren bei vom Stimmrecht ausgeschlossenen Aktien	286
E. Berechnung von Minderheitenquoren bei vom Stimmrecht ausgeschlossenen Aktien	287
III. Zusammenfassung	288
§ 9 Die Durchsetzung der Stimmrechtsausschlüsse	291
I. Arten von Sanktionen zur Durchsetzung von Stimmrechtsausschlüssen	291
A. Unmittelbare und mittelbare Sanktionen	291
B. Sanktionen wegen Zulassung Unbefugter und solche wegen zu Unrecht erfolgter Ausschließung	292
II. Prüfung der Teilnahme- und Stimmberechtigung sowie Vorläufigkeit der Zulassungsentscheidung	292
A. Prüfung der Teilnahme- und Stimmberechtigung	292
B. Vorläufigkeit der Zulassungsentscheidung	294
III. Anfechtungsklage	295
A. Anfechtungsklage wegen Zulassung Unbefugter	295
1. Die Regelung von Art. 691 Abs. 2 und 3 aOR/OR	295
2. Das Verhältnis der Anfechtungsklage von Art. 691 aOR/OR zu Art. 706 aOR/Art. 706 und 706a OR	296
B. Anfechtungsklage wegen zu Unrecht erfolgter Ausschließung	297
C. Einzelfragen	299
1. Kausalitätswiderlegung	299
a) Rechtsgrundlage und Zweck der Kausalitätswiderlegung	299
b) Kausalitätswiderlegung bei der Anfechtungsklage wegen Zulassung Unbefugter	299
aa) Meinungsstand	299
bb) Kausalitätswiderlegung bei Missachtung von Stimmverbotsvorschriften	300
cc) Kausalitätswiderlegung bei Missachtung von auch das Teilnahmerecht erfassenden Ausschlussvorschriften	300
c) Kausalitätswiderlegung bei der Anfechtungsklage wegen zu Unrecht erfolgter Ausschließung	302
aa) Meinungsstand	302
bb) Kausalitätswiderlegung bei zu Unrecht erfolgter Ausschließung vom Stimmrecht	302

cc) Keine Kausalitätswiderlegung bei zu Unrecht erfolgter Ausschliessung vom Teilnahmerecht	303
2. Aktivlegitimation	304
a) Aktionär	304
b) Verwaltung	305
3. Anfechtungsinteresse, Rügeverlust und Rügeverzicht	306
4. Wirkung der Anfechtung	307
5. Beweislastverteilung	307
a) Beweislastverteilung bei der Kausalitätswiderlegung	307
b) Beweislastverteilung hinsichtlich der Zulassung Unbefugter bzw. der zu Unrecht erfolgten Ausschliessung	308
aa) Meinungsstand	308
bb) Stimmrechtsausschlüsse als Ausnahmevorschriften	308
cc) Differenzierung zwischen Zulassung Unbefugter und zu Unrecht erfolgter Ausschliessung	309
c) Natürliche Vermutungen	310
IV. Beschlussfeststellungsklage	311
A. Regelungs- und Meinungsstand	311
B. Beschlussfeststellungsklage	312
V. Schadenersatzklage	314
A. Regelungs- und Meinungsstand	314
B. Schaden	315
C. Schadenersatz der Verwaltung wegen Ausserachtlassung von Stimmrechtsausschlussvorschriften	316
1. Anspruchsgrundlage	316
2. Der Kreis der Anspruchsberechtigten	316
a) Die Gesellschaft als Anspruchsberechtigte	316
b) Der Aktionär als Anspruchsberechtigter	317
aa) Grundsatz	317
bb) Ausnahme	318
D. Schadenersatz des zu Unrecht Zugelassenen wegen Ausserachtlassung von Stimmrechtsausschlussvorschriften	318
E. Beweislastverteilung	319
VI. Zusammenfassung	320